

„Weltoffenes Hessen“

Fachliches Positionspapier zur Einrichtung eines Landesprogramms gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus - für Vielfalt und Toleranz in Hessen

(Stand: 14.08.2013)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Ausgangslage/Hintergrund	3
3. Bestehende zeitlich befristete Angebote in Hessen	9
4. Bewertung der aktuellen Lage	11
5. Perspektive Landesprogramm	15
6. Anhang: Zeitlich befristete Maßnahmen und Angebote in Hessen.....	23
6.1 beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus	23
6.2 Lokale Aktionspläne in Hessen	24
6.2.1 Lokaler Aktionsplan Schwalm-Eder-Kreis	24
6.2.2 Lokaler Aktionsplan Limburg Weilburg.....	26
6.2.3 Lokaler Aktionsplan Wetzlar/Lahn-Dill.....	27
6.2.4 Lokaler Aktionsplan Wiesbaden-Biebrich.....	28
6.2.5 Lokaler Aktionsplan Mittlere Wetterau.....	29
6.2.6 Lokaler Aktionsplan Darmstadt	31
6.2.7 Lokaler Aktionsplan Offenbach	32
6.2.8 Lokaler Aktionsplan Lollar	33
6.2.9 Lokaler Aktionsplan des Vogelbergkreises	34
6.3 Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg	36
6.4 Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen.....	37
6.5 weitere Modellprojekte: Erlebniswelt Sport.....	38
6.6. Schulprojektstage: Netzwerk für Demokratie & Courage (NDC).....	38

1. Einleitung

Das vorliegende Positionspapier wurde von den zivilgesellschaftlichen Trägern und den hessischen Lokalen Aktionsplänen formuliert, die gemeinsam im BeratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus tätig sind. Wohl wissend, dass es in Hessen viele Träger, Verbände und engagierte Menschen gibt, die zum Thema Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus auf unterschiedliche Weise arbeiten, erhebt dieses Papier nicht den Anspruch auf Repräsentativität. Jedoch basiert es auf den zahlreichen und vielfältigen Erfahrungsschätzen in den unterschiedlichen Kontexten, die von den Unterzeichner/-innen seit 2007 gewonnen wurden und stellt das Ergebnis eines intensiven fachlichen Austauschs dar.

Hessen hatte sich im Jahr 2007 als eines der ersten Bundesländer entschieden, gemeinsam mit dem Bund das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Programm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ umzusetzen. Dazu wurde das „BeratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet, in dem seit August 2007 der Ausbreitung und Verfestigung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Gemeinwesen entgegen gewirkt wird. Im Beratungsnetzwerk sind derzeit 29 staatliche und nichtstaatliche Träger aus Hessen vertreten. Durch das „BeratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ wird flächendeckend eine orts- und zeitnahe qualifizierte Beratung für Schulen, Kommunen, Vereine, aber auch für Eltern oder Pädagogen/-innen angeboten, die von Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus betroffen sind.

Weiterhin wurden in Hessen im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ und dem Folgeprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN zehn so genannte Lokale Aktionspläne (LAP) eingerichtet. In den LAP finden sich die demokratischen Kräfte einer Stadt oder eines Landkreises zusammen, um vor Ort gemeinsam eine Strategie für Toleranz und Vielfalt zu entwickeln und zivilgesellschaftliches Engagement durch die Förderung von Einzelprojekten zu unterstützen.

Schließlich arbeitet seit 2009 das Modellprojekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“, gefördert mit Mitteln des XENOS-Sonderprogramms „Einstieg zum Ausstieg“, aufgelegt vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Das Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ bietet Beratung, Fortbildung und Informationen für Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher an. Die Verbindung von Elternberatung, Ausstiegshilfen aus der rechtsextremen Szene und pädagogischer Arbeit mit Jugendlichen ermöglicht einen vollständigeren Blick und koordinierte Interventionsmöglichkeiten, um den schleichenden Prozess des Einstiegs in den Rechtsextremismus unterbinden zu können.

So unterschiedlich diese drei exemplarisch genannten hessischen Programme bzw. Projekte zur Prävention und Intervention sind, so haben sie eines gemeinsam, dass ihre Arbeit stark von Bundes- oder ESF-Mitteln abhängig ist. Neben diesen Pro-

grammen existieren in Hessen noch weitere drittmittelgeförderte Projekte im Themenfeld - ihre thematische Ausrichtung orientiert sich sehr stark an den Leitlinien des entsprechenden Programmträgers. Das vorliegende Papier möchte einen fachlichen Beitrag zur Einrichtung eines Landesprogramms gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung sowie für Vielfalt und Toleranz in Hessen leisten. Landesprogramme in diesem Themenfeld existieren bereits in einigen Bundesländern, in anderen Bundesländern finden derzeit Überlegungen und Diskussionen zur Etablierung eigener Programmstrukturen statt.

In einem ersten Schritt soll die Ausgangs- und Problemlage dargestellt werden, die ein Landesprogramm begründet. In einem zweiten Schritt werden bestehende Angebote skizziert. In einem dritten Schritt sollen die aktuellen Arbeitsbedingungen dieser Projekte diskutiert und schließlich in einem abschließenden Schritt mögliche Perspektiven für ein Landesprogramm aufgezeigt werden.

2. Ausgangslage/Hintergrund

Das Ausmaß von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus in Hessen muss aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden, um ein vollständiges Bild erhalten zu können. Die Problemlage lässt sich erstens mit Blick auf die organisierten Strukturen in Hessen, zweitens mit Blick auf die Anfragen an das Beratungsnetzwerk hessen und schließlich drittens mit Blick auf die Ergebnisse von empirischen Studien erfassen:

1. Die **rechtsextremistische Szene in Hessen** stellt organisatorisch wie ideologisch kein einheitliches Gefüge dar und setzt sich aus verschiedenen, teilweise sehr unterschiedlich agierenden Organisationen und Gruppierungen zusammen. Unter den bekannten Parteien und Organisationen ist die NPD und vor allem die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) weiterhin die bedeutendste rechtsextremistische Kernorganisation und ein Kristallisationspunkt für Versuche zur Einigung weiter Teile des rechtsextremistischen Lagers.

Daneben stellen parteiungebundene rechtsextremistische Personenzusammenhänge wie Kameradschaften oder so genannte Autonome Nationalisten einen weiteren Schwerpunkt dar. Hierzu zählen derzeit die „Nationalen Sozialisten Ried“, „Nationale Sozialisten Rhein-Main“ und das „Freie Netz Hessen“ in Verbindung mit der Internetpräsenz „Freies Netz Hessen“. Einen weiteren Schwerpunkt stellen die Aktivitäten der „Nationalen Sozialisten Lumdata“ dar, die wiederum unterstützt werden von Mitgliedern der „Autonomen Nationalisten Wetzlar“. Die Szene in Nordhessen ist derzeit geprägt durch eher schwache Aktivitäten der „Freien Kräfte Schwalm-Eder“ und durch stabile Strukturen in Kassel (Freier Widerstand Kassel; Sturm 18). In Südhessen, hier mit Unterstützung durch die NS Ried und durch das Aktionsbüro Rhein-Neckar entwickeln sich wieder neue Szenezusammenhänge (Heimattreue Jugend Odenwald, Freie Nationalisten Odenwald, Nationaler Widerstand Bergstraße, NS Reichelsheim).

Eine rechtsextremistische Skinhead-Szene ist auch in Hessen erkennbar. Regional ist diese vornehmlich im Raum Kassel, im Rhein-Main-Gebiet sowie in Südhessen anzusiedeln. Darüber hinaus existieren über ganz Hessen verteilt kleinere regionale und lokale Gruppen, die zeitlich begrenzt und ohne größere Öffentlichkeitswirkung agieren.

2. Aus der **Perspektive der Beratungsarbeit des Beratungsnetzwerks** zeigt die Bilanzierung der Beratungsfälle im Zeitraum von 2007-2012, dass sich das Phänomen Rechtsextremismus in Hessen auf vielfältige Weise manifestiert¹.

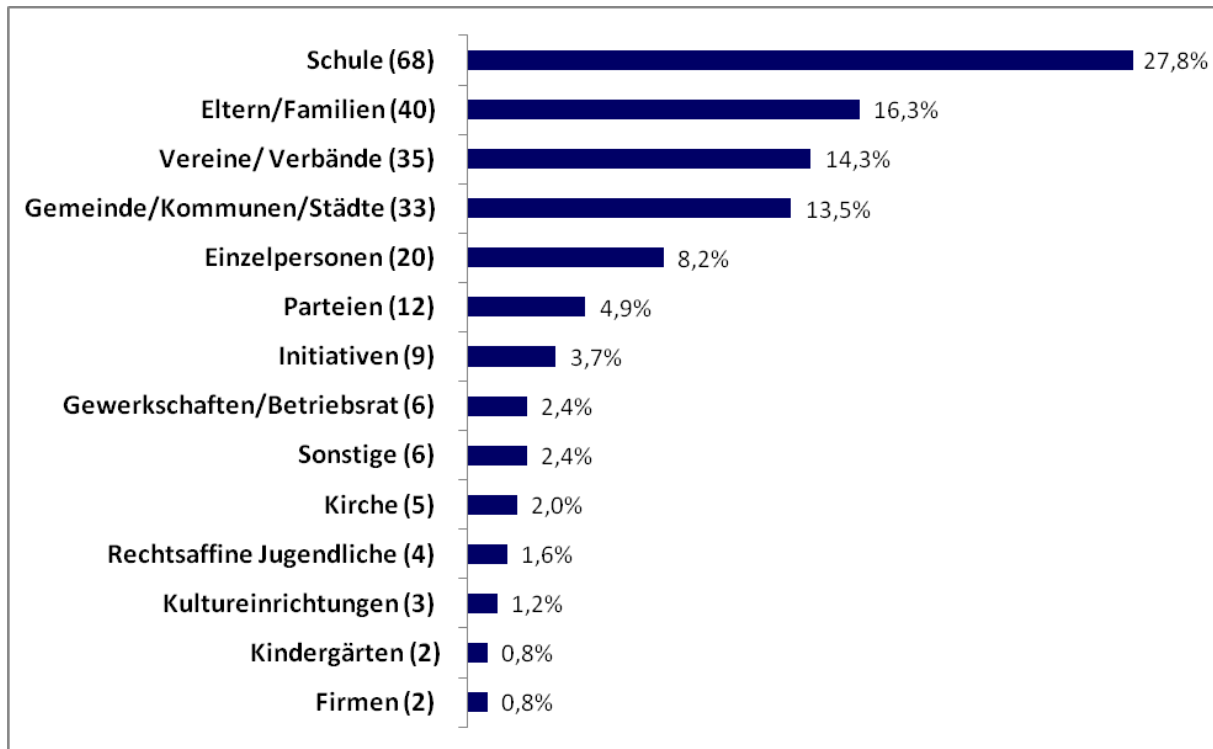
Beratungsnehmer/-innen: Die meisten Anfragen kamen aus dem schulischen Bereich (27,8%). Lehrer/-innen, Schulsozialarbeiter/-innen oder die Schulleitung haben sich an das Beratungsnetzwerk gewandt, da sie sich in ihrem Handlungsfeld mit rechtsextremistischen oder rassistischen Vorkommnissen konfrontiert sahen. Sehr häufig und eng verbunden mit dem Beratungskontext Schule ist der Personenkreis, der sich am zweithäufigsten an das Netzwerk gewandt hat: Eltern, die befürchten (oder wissen), dass ihre Kinder rechtsaffin bzw. rechtsextrem sind, d.h. in die rechtsextreme Szene abzudriften drohen oder bereits Szenemitglieder sind (16,3%). Die Elternberatung ist ein Angebot, das vor allem durch das Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ in den letzten Jahren aufgebaut, ausgeweitet und diversifiziert werden konnte. Da bei der Beratung betroffener Eltern ein zunehmender Bedarf zu verzeichnen ist, haben sich Berater/-innen innerhalb des Netzwerks zu einer Projektgruppe zusammengefunden, um weitere spezifische Beratungsangebote zu konzipieren.

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über weitere Beratungsnehmer/-innen in den Jahren 2007- 2012.²

¹ Die folgenden Ausführungen basieren auf der Auswertung von 226 Beratungsfällen aus den Jahren 2007-2012, die von den Beratungsteams mithilfe des eigenen Dokumentations- und Evaluationssystems dokumentiert wurden.

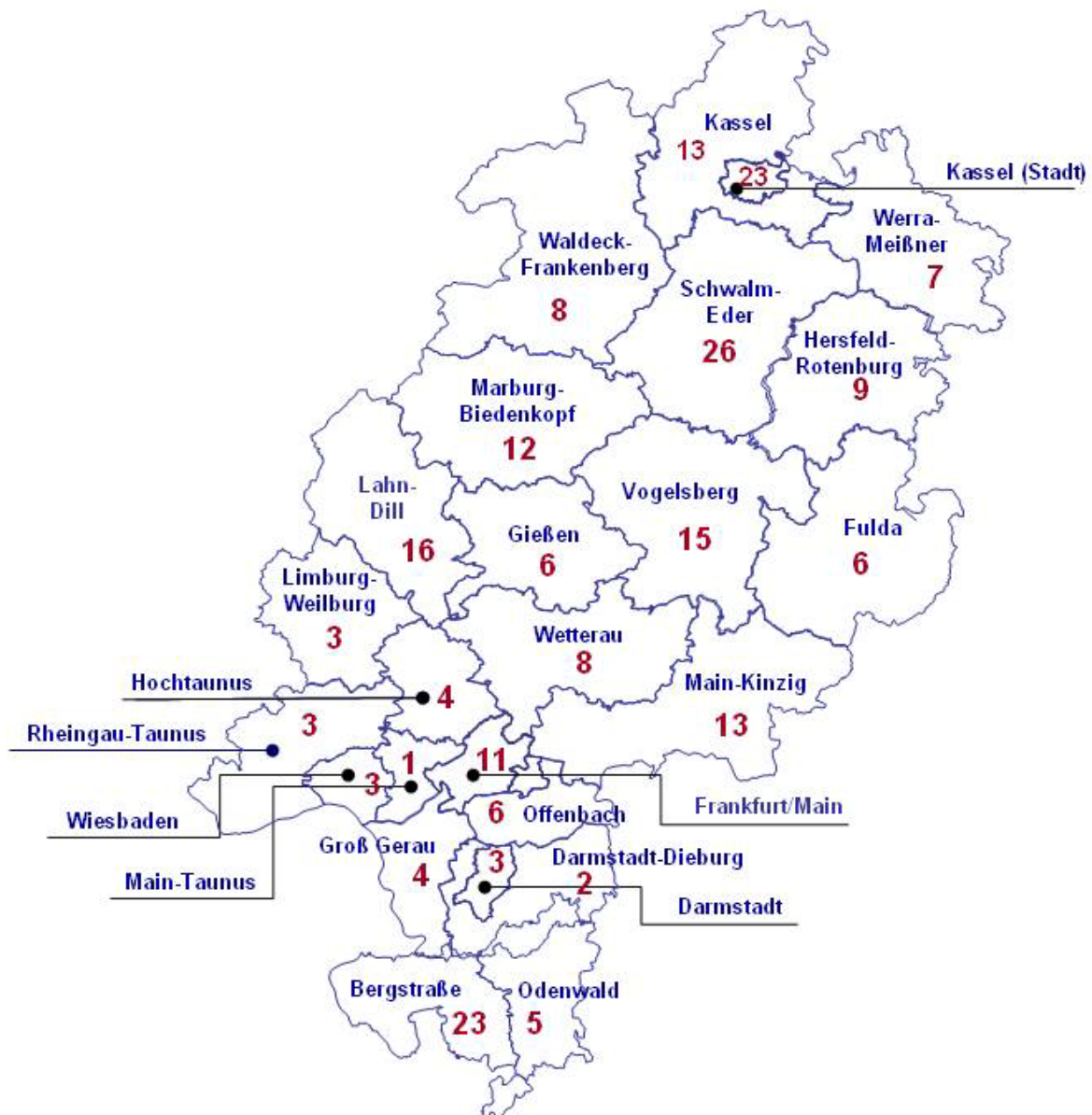
² In einigen Beratungsfällen gibt es mehrere Beratungsnehmer/-innen, die im Laufe der Beratung hinzugekommen sind. Hier ein konstruiertes, an einen realen Fall angelehntes Beispiel: Eltern wenden sich an das Beratungsnetzwerk hessen, weil ihre Kinder im Handballverein von einem Vater trainiert werden, der sich rassistisch äußert. Neben der Beratung der betroffenen Eltern wird auch der Vereinsvorstand in die Beratung mit einbezogen.

Abb.1: Beratungsnehmer des beratungsNetzwerks hessen 2012



Anfragen kommen aus ganz Hessen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass das Angebot in ganz Hessen wahrgenommen wird: sowohl in ländlichen Regionen als auch in Städten. Diese Statistik kann jedoch nur wiedergeben, wo Menschen aktiv werden und sich externe Hilfe durch das Netzwerk holen. Sie bildet nicht ab, wo sich Vorfälle ereignen. Eine niedrige Fallzahl in einem Landkreis ist daher kein Indiz, dass diese Region weniger betroffen wäre als andere Gegenden. Positiv gewendet: sie kann auch ein Indikator dafür sein, dass in dieser Region Menschen sensibilisiert sind und aktiv gegen Rechts und für eine demokratische Kultur eintreten wollen.

Abb.2: Anzahl der Beratungsfälle pro Landkreis in Hessen 2007-2012



Rechtsextremismus äußert sich auf vielfältige Weise. Entsprechend unterscheiden sich auch die Anlässe, die zu einer Beratungsanfrage führen. Die folgende Abbildung 3 zeigt die verschiedenen Anlässe, die seit 2007 für Personen oder Institutionen Grund waren, die Beratung durch das Netzwerk in Anspruch zu nehmen. Dabei ist zu beachten, dass häufig mehrere Anlässe den Grund für Beratungsanfragen darstellen. Der Anlass beschreibt zunächst nur das Phänomen, was den Ausschlag gab, dass sich der oder die Betroffene ratsuchend an das Beratungsnetzwerk wendet, da er oder sie sich mit den bisherigen Strategien und Wissen überfordert fühlt.

Abb.3: Anlässe für Beratung 2007-2012



Die Wahrnehmung des organisierten Rechtsextremismus ist mit 25% der Nennungen häufigster Grund für die Beratungssuche: Spitzenreiter dabei sind Kameradschaften und Freie Kräfte (28), aber auch die NPD und ihre Jugendorganisation JN (19), sowie die Partei „Die Rechte“ (1 Mal) werden genannt. Beispiele sind etwa die Besorgnis über eine aktive Rolle eines Funktionärs der NPD/JN im Sportverein oder die Kontakte des eigenen Kindes zu einer Kameradschaft. Auch wenn sich Kommunen melden, die immer wieder Veranstaltungsort für Rechtsrock-Konzerte sind, ist dies als Hinweis auf organisierte rechte Strukturen zu werten.

In 13% aller Fälle geben rechtsaffine Jugendliche Anlass zur Anfrage. In diesen Fällen können zwar noch keine Kontakte zur organisierten rechten Szene wahrgenommen werden, allerdings ist dies auch nicht auszuschließen. Hier sehen sich z.B. Lehrer/-innen mit dem rassistischen Verhalten einzelner Schüler konfrontiert, oder Eltern fällt auf, dass der Sohn einschlägige Musik hört oder sie sind über das Verhältnis der Tochter zu einem Skinhead beunruhigt.

In 6,2 % sind meist Eltern über den Einstieg ihres Sohnes oder der Tochter in die Szene oder eben deren Kontakte in rechte Kreise Anlass der Sorge.

In fast allen Fällen beschreiben die Betroffenen auch alle weiteren genannten Anlässe: rechte Propaganda oder fremdenfeindliche Sprüche, Veränderungen in der Kleidung der Schüler/-innen bis hin zu unterschiedlichen Formen der Gewalt.

Unter den Anlässen, die seltener genannt werden, sei ein Grund besonders hervorgehoben: die Sorge um jüngere Kinder, also Kinder im Kindergarten und Grundschulalter, wird einmal genannt. Insgesamt wurde das Netzwerk bislang in zwei sol-

cher Fälle zu Rate gezogen: Diese Kinder fallen in der Grundschule oder in der Kita bspw. durch rassistische Beschimpfungen, das Malen von Hakenkreuzen oder die Selbstbezeichnung als „Nazi“ auf. Hier stellt sich die Frage nach der Kindeswohlgefährdung aufgrund der neonazistischen Einflussnahme durch das Elternhaus, ein Thema, das schon länger in Ostdeutschland, aber eben nicht nur dort Expert/-innen und Praktiker/-innen beschäftigt (vgl. Lang, 2012).

3. Auch über die Ergebnisse von empirischen Studien zur Verbreitung von Vorurteilen in der Bevölkerung können Erkenntnisse für die Ausgangsbedingungen in Hessen generiert werden. Die im Rahmen des Projektes Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) erhobenen **Daten über Vorurteile gegenüber so genannten gesellschaftlich schwachen Gruppen** wurden im Auftrag des BeratungsNetzwerks hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus erstmals für das Bundesland Hessen im Jahr 2010 ausgewertet³. Zentrale Ergebnisse dieser Auswertung sind:

- Feindselige Mentalitäten sind auch in Hessen nicht allein Probleme der extremen Ränder, sondern in der Mitte der Gesellschaft stark verbreitet.
- Je älter Personen sind, desto häufiger vertreten sie abwertende Einstellungen.
- Je höher der Bildungsabschluss, desto seltener werden abwertende Einstellungen vertreten.
- Frauen sind nicht generell weniger abwertend eingestellt als Männer.
- Insbesondere die Abwertung von Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen ist stark verbreitet.
- Islamophobe Einstellungen nehmen in Hessen und den übrigen alten Bundesländern zu. Auch wenn der Anstieg nur für die übrigen alten Bundesländer signifikant ausfällt, scheinen sich die abwertenden Einstellungen gegenüber Menschen muslimischen Glaubens generell zu verstärken.
- Untersucht wurden auch die drei hessischen Regierungsbezirke Darmstadt, Gießen und Kassel. Im Vergleich der drei hessischen Regierungsbezirke fallen die feindseligen Einstellungen im Regierungsbezirk Kassel besonders ins Auge: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie fallen hier höher aus als in den Regierungsbezirken Gießen und Darmstadt.
- Rassistische Einstellungen und die Abwertung von Obdachlosen fallen im Regierungsbezirk Gießen verhältnismäßig hoch aus.

³ vgl. <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/index.php?page=gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit-in-hessen>

- Im Regierungsbezirk Darmstadt fallen die feindseligen Einstellungen meist geringer aus als in den beiden anderen Regierungsbezirken.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass zwar in Hessen der organisierte Rechtsextremismus im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger ausgeprägt ist und die so genannten Zahlen zur PMK-rechts entsprechend niedrig sind, die Anfragen an das Beratungsnetzwerk einerseits und die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung andererseits jedoch auf zahlreiche Vorkommnisse und verbreitete Vorurteilkulturen verweisen, die über keinen (strafrechtlich relevanten) organisatorischen Bezug verfügen.

3. Bestehende zeitlich befristete Angebote in Hessen

Verbunden mit der Förderung des Bundes im Rahmen der unterschiedlichen Bundes- und Sonderprogramme konnten zahlreiche Projekte in der Prävention und Intervention seit 2007 entwickelt, erprobt und etabliert werden. Eine ausführlichere Beschreibung der folgenden Angebote können dem Anhang entnommen werden.

Mit dem **beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus** konnte sukzessive ein flächendeckendes und den unterschiedlichen Bedarfen entsprechendes Beratungsangebot in Hessen etabliert werden. Dem Netzwerk gehören derzeit 29 staatliche und nichtstaatliche Träger an, die als Expertenpool die 25 Berater/-innen unterstützen. Die Berater/-innen bringen unterschiedliche Qualifikationsprofile ein; gleichzeitig bilden sie sich zu verschiedenen Beratungsansätzen fort. Antragsteller ist das Hessische Ministerium des Innern und für Sport, das auch der achtköpfigen Lenkungsgruppe (bestehend aus vier Vertreter/-innen von Ministerien sowie vier von zivilgesellschaftlichen Trägern im Beratungsnetzwerk) vorsteht. Die Landeskoordinierungsstelle ist seit Januar 2010 an der Philipps-Universität Marburg, FB 21 Erziehungswissenschaften angesiedelt. Bundesweit war das beratungsNetzwerk hessen im Januar 2011 die erste Einrichtung in diesem Themenfeld, die ihre bisherigen Qualitätsentwicklungsmaßnahmen durch eine externe Begutachtung erfolgreich testen ließ. Das beratungsNetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus wird im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN gefördert. Die Förderung endet am 31.12.2014.

In Hessen existieren weiterhin derzeit 10 so genannte **Lokale Aktionspläne**, die ebenfalls mit Mitteln des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN gefördert werden: Alsfeld, Darmstadt, Kreis Offenbach, Limburg-Weilburg, Lollar, Mittlere Wetterau, Schwalm-Eder-Kreis, Vogelsbergkreis, Weilburg (und angrenzende Gemeinden), Wetzlar (mit dem Lahn-Dill-Kreis), Wiesbaden-Biebrich. Antragsteller für einen Lokalen Aktionsplan sind Kommunen, Städte oder Landkreise. Insgesamt können für die Laufzeit des Bundesprogramms (01.01.2012-31.12.2014) pro LAP bis zu 280.000,00 EUR Fördermittel beantragt werden. Am Beispiel des Lokalen Aktionsplans Schwalm Eder wird im Folgenden die Struktur eines

LAPs vorgestellt werden. Die LAPs unterscheiden sich in ihren individuellen Zielstellungen und z.T. in ihrer Kofinanzierungs- und Anbindungsstruktur. Die Förderung der LAPs endet am 31.12.2014.

Seit Dezember 2009 bietet das **Modellprojekt Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg**, gefördert im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms Ausstieg zum Einstieg, ein differenziertes Beratungs- und Informations- bzw. Fortbildungsangebot an. Hier geht es um die Frage, ob und wie der Weg von rechtsaffinen Jugendlichen hin in den organisierten Rechtsextremismus unterbrochen werden kann und wie entsprechende Multiplikator/-innen aus Schule, Jugendarbeit, den Regeldiensten oder Unternehmen befähigt werden können, in der Unterbrechung dieses Einstieges einen Beitrag zu leisten. Antragsteller ist das Hessische Ministerium des Innern und für Sport, die Projektleitung obliegt der Philipps-Universität Marburg, FB 21 Erziehungswissenschaften. Die Projektförderung endet am 31.10.2013, jedoch wird das Land Hessen selbständig diese Maßnahme weiter fördern.

Im **Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen** sind über 70 hessische Organisationen zusammen geschlossen mit dem Ziel, gegen Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft und/oder Religionszugehörigkeit in Hessen vorzugehen. Das Netzwerk will benachteiligende Strukturen kenntlich machen und Betroffenen Wege aufzeigen, sich gegen Ungleichbehandlung zur Wehr zu setzen. Dazu wurde im Januar 2013 eine Beschwerde- und Beratungshotline eingerichtet, an die sich von Diskriminierung Betroffene wenden können. Seitdem wurden über 40 Fälle von Diskriminierung in Hessen gemeldet. Das hessische Netzwerk ist Teil der „Offensive diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Im Rahmen des Programms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ wurden Beratungsstrukturen deutschlandweit ausgebaut. Dafür wurden bundesweit insgesamt 10 Netzwerke gegen Diskriminierung von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ins Leben gerufen. Die Laufzeit endet am 30.04.2014. Zusammen mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat das Netzwerk die Hessische Landesregierung aufgefordert, der Koalition gegen Diskriminierung beizutreten. Diesem Zusammenschluss sind auf Initiative der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bereits sieben Bundesländer beigetreten. Ziel ist die Etablierung einer auf die jeweiligen Herausforderungen abgestimmte Gleichbehandlungsstrategie auf Landesebene.

Zudem werden im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN derzeit fünf **Modellprojekte** in Hessen gefördert:

- Darmstadt: Integration durch Mentoring und demokratische Beteiligung
- Frankfurt: "Perspektivwechsel - Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit"
- Frankfurt: Erlebniswelt Sport: Wir bieten Respekt und ANerkennung! (R.AN!)

- Offenbach: Modell eines gemeinsamen Bildungstages als Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule in kulturell heterogenen Grundschulklassen
- Wiesbaden: Die Werft - kulturelle Arbeit und Integration

Am Beispiel des Modellprojekts „Erlebniswelt Sport: Wir bieten Respekt und Anerkennung!“ (R.AN!) wird im Anhang die Struktur eines Modellprojekts näher vorgestellt werden. Die Modellprojekte unterscheiden sich in ihren individuellen Zielstellungen und z.T. in ihrer Kofinanzierungs- und Anbindungsstruktur. Die Förderung der Modellprojekte endet spätestens am 31.12.2014 oder bereits früher (maximaler Förderzeitraum drei Jahre).

4. Bewertung der aktuellen Lage

Mit den Förderprogrammen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend VIELFALT TUT GUT, kompetent. für Demokratie und dem Nachfolgeprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN konnten seit 2007 in Hessen verschiedene Maßnahmen der Prävention und Intervention erprobt und etabliert werden. Es gilt zu bilanzieren, was dabei gelungen ist und worin noch offene Fragen und Defizite bestehen.

Aus der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Träger im beratungsNetzwerk hessen

Etablierung neuer Angebote

Für die Arbeit des beratungsNetzwerks hessen kann konstatiert werden, dass es gelungen ist, ein landesweites Beratungsangebot zu etablieren, welches nach und nach den Bedürfnissen der Beratungsnehmer/-innen entsprechend weiterentwickelt wurde. Insbesondere die Qualifikation der Berater/-innen im Rahmen einer eigens entwickelten modularen Weiterbildung in der systemischen Beratung (2012-2013) nimmt hierbei einen wichtigen Stellenwert ein.

Hessenweiter Austausch und Vernetzung

Zudem ist das Beratungsnetzwerk einer der zentralen Orte, an dem sich die Akteure der hier genannten Angebote zum fachlichen Austausch und zur fachlichen Unterstützung treffen. Es konnte in den vergangenen Jahren ein hoher Grad der Vernetzung erreicht werden. Unterstützt wird dieser Vernetzungsprozess durch die hohen partizipativen Elemente im Rahmen der Vernetzungstreffen, die verschiedene zeitlich befristete Projekte generierten, an denen die verschiedensten Akteure aus dem Beratungsnetzwerk teilnehmen und somit die vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen auch genutzt werden⁴.

⁴ So wurden z.B. Projekte zur Erstellung von Broschüren, zur Erweiterung von spezifischen Angeboten wie der Elternberatung, zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit oder zur Planung eines Hearings mit Vertreter/-

Das Beratungsnetzwerk wird von einer Lenkungsgruppe gesteuert, die sich seit 2012 paritätisch aus staatlichen und nichtstaatlichen Trägern zusammensetzt, so dass insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen nunmehr ein höheres Maß an Verantwortung für die strategische Fortentwicklung innehaben.

Entwicklung von Qualitätsstandards

Weiterhin ist das Beratungsnetzwerk hessen bundesweit einer der Vorreiter zur Entwicklung von Qualitätsstandards in der der Mobilen Beratung. Es wurden eigene Instrumente zur Dokumentation und Evaluation von Beratungsprozessen entwickelt, erprobt und eingeführt. Das Beratungsnetzwerk war bundesweit das erste Netzwerk, welches sich einer externen Zertifizierung nach KQB von artset (Hannover) unterzogen hat und im Januar 2011 ein Testat hierzu erhielt. Viele andere Träger und Beratungsnetzwerke bundesweit fragen nach dem im Rahmen des Testierungsverfahrens entwickelten „Handbuch zur Mobilen Beratung“, so dass die in Hessen entwickelten Verfahren und Instrumente nun vielerorts eingesetzt werden oder Vorlage für die Entwicklung eigener Instrumente und Handbücher sind. Solche Erfahrungen in der Qualitätsentwicklung in diesem Themenfeld können für die Ausgestaltung eines Landesprogramms fruchtbar gemacht werden

Prekäre Arbeitsbedingungen und Unsicherheiten

Gleichzeitig arbeiten einige der derzeit 25 Berater/-innen des Beratungsnetzwerks hessen und viele Mitarbeiter/-innen in den Lokalen Aktionsplänen und Modellprojekten unter eher prekären Bedingungen, da für die Beratung nur Honorare und keine festen Zuwendungen an Träger ausgezahlt werden können, die es erlauben würden, Berater/-innen ein zu stellen .

Die zeitliche Befristung der Bundesprogramme und eine fehlende Finanzierung etwa durch das Land führen zu Unsicherheiten: Sie erhöhen zum einen die Unsicherheit bei vielen Berater/-innen und Mitarbeiter/-innen der geförderten Projekte, denn es droht mit dem Ende einer Förderperiode dann vielerorts der „Exodus“ von qualifizierten Kräften – ein Phänomen nicht nur in Hessen sondern bundesweit. Zum anderen besteht die Gefahr, dass die im Förderzeitraum entwickelten Maßnahmen durch die verschiedenen Projektakteure nach Förderende sang- und klanglos in den Schubladen verschwinden und gewonnene Erfahrungen und Knowhow verloren gehen.

innen von Trägern, welche von den Erfahrungen und Perspektiven von potentiell Betroffenen berichteten, durchgeführt.

Aus der Perspektive der Lokalen Aktionspläne in Hessen

Den hessischen Lokalen Aktionsplänen ist es auf verschiedenen Ebenen in den vergangenen Jahren gelungen, ihre Ziele zur Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus im kommunalen Raum zu erreichen.

Die sehr unterschiedlichen Angebote der hessischen LAPs wurden sehr gut angenommen. Es gelang vielerorts eine gute Information, Sensibilisierung und einen offenen Dialog über rechtsextreme Problemlagen vor Ort anzubieten und zu erreichen, u.a. mit einer Vielzahl von Vorträgen und Workshops für Multiplikator/-innen. Aus Sicht der LAPs ist es gelungen, mancherorts einen Bewusstseinswandel zu ermöglichen, die „Mitte der Gesellschaft“ zu erreichen und gleichzeitig ein eigenes lokales Programm mit einem eigenen Gesicht bzw. eigener Marke zu etablieren.

Weiterhin ist die Arbeit der LAPs dadurch gekennzeichnet, dass sie vor Ort viele Menschen in vielen verschiedenen Projekten zusammengeführt hat. So konnten beispielsweise mit den Angeboten des Landkreises Limburg-Weilburg 11.000 Teilnehmer/-innen erreicht werden. Es konnten weiterhin spezifische Zielgruppen angesprochen werden, z.B. MigrantInnen-Selbst-Organisationen (MSOs) oder Jugendliche bzw. Multiplikator/-innen. Zur Realisierung von Projekten konnten eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Trägern gewonnen werden. Einige der geförderten Projekte bzw. deren Angebote konnten darüber hinaus in die bestehenden Regelangebote überführt werden.

Die Arbeit der LAPs ist schließlich dadurch charakterisiert, vor Ort eine Vernetzung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern etabliert und stetig weiterentwickelt zu haben. Diese Form der Vernetzung hat sich bewährt. Hier entscheidet man gemeinsam über Bedarfe und Projekte in der Region und hier tauscht man sich über die aktuellen Entwicklungen aus, bewertet diese und entwickelt Projektformate, die den konkreten Bedarfen vor Ort entsprechen.

Dieser gewonnene Erfahrungsschatz kollidiert jedoch mit der zeitlich befristeten Förderung der LAPs durch das Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN. Ohne eine stabile und dauerhafte Förderung werden die bestehenden Vernetzungsstrukturen, die mühsam errichtet wurden, wohl wenig Chance auf Fortbestand haben, da die Pflege solcher Netzwerke zeit- und personalintensiv ist. Weitere Baustellen: Viele Projektangebote konnten bisher nicht in Regelstrukturen überführt und nicht alle anvisierten Zielgruppen bisher wie geplant erreicht werden. Auch hier zeigen sich die Grenzen von zeitlich befristeten Förderprogrammen als hinderlich.

Aus der Perspektive des Modellprojekts Erlebniswelt Sport – Wir bieten Respekt und ANerkennung! (R.AN!)

In den gut zwei Jahren Projektlaufzeit konnten die Vereine für die Themen Rechtsextremismus, Demokratie (im Verein), Jugendbeteiligung und Anerkennung im Umgang miteinander sensibilisiert werden. Es sind in acht Vereinen eigene Ansätze zur Bearbeitung dieser Themen entwickelt worden bzw. werden z.Zt. entwickelt. Da die Hauptakteurs-Gruppe jedoch ehrenamtliche Vereinsmitglieder (Jugendliche und Erwachsene) sind, kam es im Projekt zu zeitlichen Verzögerungen, die sich auf die Entwicklung von eigenen Veranstaltungen, Vereins-Qualifikationen und die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den R.AN! Coaches ausgewirkt haben. R.AN! wurde in den Vereinen vor allem auf die Verbesserung der vereinsinternen Zusammenarbeit und Kommunikation bezogen. Dies zeigt, welche Stärken Vereine im Zusammenwirken ihrer Mitglieder haben. Es zeigt aber auch die Grenzen des R.AN! Projektes: die Einflussmöglichkeiten von Sportvereinen auf die direkte Auseinandersetzung mit (lokalen) rechtsextremen Jugendlichen sind gering (MP-Cluster liegt im Bereich Intervention) - ihre Stärken liegen im Bereich der Prävention und Früherkennung. Die Begleitung des R.AN! Change-Prozesses in den Vereinen müsste über mehr als 3 Projekt-Jahre erfolgen, um eine nachhaltige Änderung der Organisationskultur (z.B. die Absicherung der Jugendbeteiligung) zu erreichen. Auch kann in 3 Jahren ein kommunales Engagement der Vereine für Demokratie nur punktuell initiiert werden.

Aus der Perspektive des Netzwerks für Demokratie & Courage

Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC) setzt in Hessen seit 2005 demokratiefördernde Bildungsarbeit an Schulen und Ausbildungseinrichtungen um. Ziel der Präventionsarbeit ist es, menschenverachtende Einstellungen abzubauen und die Teilnehmenden zu aktivieren, sich klar gegen menschenverachtende Meinungen einzusetzen.

Das NDC kann durch die Unterstützung von ca. 80 Ehrenamtlichen auf jährlich etwa 100 umgesetzte Projekttag verweisen. Etwa 2.500 Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren konnten so alljährlich mit den Ideen des demokratischen Miteinanders, der Zivilcourage und des menschlichen Umgangs vertraut gemacht werden.

Die Nachfrage nach Projekttagen durch Schulen ist jedoch deutlich höher, als es das Budget des NDC zulässt. Könnte das NDC nicht immer wieder auf bestehende LAP u.ä. zur Kofinanzierung zurückgreifen, müssten noch deutlich mehr Anfragen zurück gewiesen werden. Zudem verhindert die finanzielle Situation, dass das NDC eine Ausweitung des Projekttagangebotes vornehmen kann. Zahlreiche Schulen zeigten jedoch insbesondere Interesse an Projekttagen für jüngere Schülerinnen und Schüler, die das NDC im Schwalm-Eder-Kreis in den Jahren 2011-2013 im Rahmen des dortigen LAP durchgeführt hat. Darüber hinaus fehlen dem NDC Mittel, um regelmäßig Qualifikationsseminare für zukünftige Teamer und Teamerinnen durchzuführen.

Entgegen der Praxis anderer NDC-Landesnetzstellen, die jährlich zwei Schulungen durchführen, kann das hessische NDC nur alle 2 Jahre eine solche Qualifizierungsmaßnahme anbieten. In 2013 musste das NDC ca. 40 Interessierten aufgrund fehlender Mittel eine Absage erteilen.

5. Perspektive Landesprogramm

Die bisher gewonnenen Erfahrungswerte und erzielten Erfolge in den unterschiedlichen Bereichen zur Intervention und Prävention von Rechtsextremismus sind seit 2007 zentral abhängig von Fördermitteln des Bundes, die im Rahmen der jeweiligen Programme zeitlich befristet sind und in ihren Leitlinien auch spezifische Vorgaben machen. Die jeweilige zeitliche Befristung und der jeweilige enge Rahmen bzw. Spielraum der Bundesprogramme machen es notwendig, dass auch das Land Hessen wie andere Bundesländer ein eigenes Landesprogramm auflegt⁵. Hierfür können folgende Ziele, Perspektiven und Aufgaben genannt werden:

Kontinuität statt zeitlicher Befristung

Die Arbeit von allen hier aufgeführten Angeboten (Beratungsnetzwerk, Modellprojekte, Lokale Aktionspläne) ist abhängig von zeitlich befristeten Förderprogrammen des Bundes. Laufen Bundesprogramme aus, besteht kein Automatismus, dass ein neues Programm ohne Lücken aufgelegt wird. Die Folge ist, dass alle Angebotsträger keine langfristigen Strategien und Konzepte entwickeln, erproben und einführen können und das zum Ende einer Förderperiode qualifiziertes Personal von Bord geht. Hierdurch droht oftmals ein dramatischer Verlust von Kompetenzen und Ressourcen und mit einer eventuellen Neuauflage eines Programms müssen viele Träger erst wieder ihre (personalen) Strukturen aufbauen.

Gerade in Hinblick auf die Beratung von lokalen Akteuren wäre es wünschenswert, wenn feste Stellen als Option ermöglicht werden – so wie dies in vielen, vor allem ostdeutschen Bundesländern z.T. seit Jahren der Fall ist - um die fachliche Qualität der Beratungsarbeit zu intensivieren. Gegenwärtig werden Berater/innen ausschließlich über Honorare bezahlt, was bedeutet, dass einige Aspekte der Arbeit (überregionaler Austausch, Fortbildungen, Recherche, Pressearbeit usw.) ehrenamtlich geleistet werden. Wie wichtig die Beratung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, geleistet von zivilgesellschaftlichen Organisationen mit ihren hochqualifizierten Mitarbeiter/innen ist, zeigen die Evaluationen der letzten Jahre. Diesen Beratungsansatz zu

⁵ In allen ostdeutschen Bundesländern existierten – zum Teil seit Jahren, zusätzlich zum Bundesprogramm eigene Landesprogramme. In Westdeutschland haben Schleswig Holstein und Niedersachsen ein eigenes Programm eingerichtet, in NRW und Hamburg sind die ersten Mittel bewilligt und die dortigen Landesprogramme befinden sich in der Einrichtungsphase.

stärken wäre auch eine öffentliche Wertschätzung dieser erfolgreichen Arbeit in Hessen.

Generell sollte ein Landesprogramm darauf zielen, dass Kontinuität bewahrt werden kann, vorherige Modellprojekte in Regelstrukturen übergehen oder zeitliche Lücken zwischen Förderprogrammen kompensiert werden können.

Entwicklung eigener Schwerpunkte und Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement

Fern der Förderleitlinien etwaiger Bundesprogramme mit ihren eigenen Zielen und den daraus resultierenden Aufgaben gibt es Bedarfe in Hessen, die nicht entwickelt werden können, wenn kein entsprechender Drittmitteltopf existiert. Ein Landesprogramm kann selbst Akzente setzen und Schwerpunkte fördern, die für Hessen wichtig sind. So konnte beispielsweise im Rahmen der bisherigen Förderprogramme keine eigene Struktur zur Beratung von Opfern und Betroffenen von fremdenfeindlicher, rassistischer oder rechtsextremer Gewalt entwickelt werden. Eine solche Opferberatung, die unabhängig und ohne strukturelle Anbindung z.B. an das Beratungsnetzwerk operieren muss, benötigt eine verlässliche personale Ausstattung, die die notwendige fachliche Expertise für dieses anspruchsvolle Beratungsfeld mit sich bringt.

Im Zuge eines vom Beratungsnetzwerk beauftragten und federführend von einem Beratungsteam der Bildungsstätte Anne Frank durchgeführten Projekt "Hearing Opferperspektiven", das der Erweiterung der Perspektiven auf das Thema Rechtsextremismus und insbesondere der hierzu bisher gewählten Handlungsoptionen diente, wurde von verschiedenen hierzu befragten Projektpartnern deutlich der Bedarf für den Aufbau entsprechender Beratungsstrukturen formuliert und entsprechende Vorschläge entwickelt. Darüber hinaus ist im Austausch mit den in anderen (insbesondere den neuen) Bundesländern entwickelten qualifizierten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt die Besonderheit der Opferwerdung durch rassistisch / politisch motivierte Gewalt deutlich und die Notwendigkeit der Entwicklung der der Spezifik entsprechender Angebote erkannt worden. Außerdem weisen die Forschungen des Deutschen Jugendinstitut e.V. im Bericht zu der Programmevaluation zum Programmbereich Beratungsnetzwerke deutlich auf die Notwendigkeit zur Entwicklung bzw. zur Schließung der Lücke im Beratungsangebot des Landes Hessens hin.

Ein weiteres Beispiel für eine landesspezifische Schwerpunktsetzung ist der Aufbau eines Lokalen Aktionsplans bzw. eines Regionalzentrums o.ä. in solchen Regionen Hessens, in denen aus den unterschiedlichsten Gründen bisher weniger Aktivitäten zur Intervention und Prävention als in anderen Regionen unternommen wurde.

Neben solch größeren landesspezifischen Projekten bietet ein Landesprogramm auch die Möglichkeit, kleinere zivilgesellschaftliche Träger und Initiativen auf unbürokratische Weise in ihrem Engagement zu unterstützen. Denn es gibt viele Menschen in Hessen, die sich für Demokratie und Toleranz engagieren; oftmals scheitert das

Engagement jedoch daran, dass die Mittel für ein Vortragshonorar, die Fertigstellung eines Flyers oder für die Durchführung eines Demokratietages fehlen.

Integrierte Maßnahmen und Bündelung von Knowhow

Trotz aller Vernetzungsbemühungen, insbesondere im beratungsNetzwerk hessen, gleicht die Projektlandschaft in Hessen bisher einem Flickenteppich: Es gibt zahlreiche Projekte, die teilweise mehr oder weniger isoliert in ihren jeweils befristeten Förderzeiträumen aktiv sind, ohne den systematischen und fachlichen Austausch zu anderen Projektträgern gefunden zu haben. Ein Landesprogramm wäre das Dach, unter dem sich alle engagierten Projekte versammeln könnten – Austausch und Vernetzung bedeutet dann, einen stetigen Überblick über Maßnahmen in Hessen zu haben, ggf. Doppelungen zu vermeiden und Synergien zu erzeugen. Der systematische fachliche Austausch im Rahmen eines Landesprogramms ermöglicht, Lücken zu identifizieren, neue Bedarfe zu erschließen und daraus resultierend auch neue Maßnahmen planen zu können. Produktive Formen der Vernetzung von den verschiedensten Akteuren und staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern finden sich im beratungsNetzwerk hessen wieder. Ein Landesprogramm bietet weiterhin den Rahmen, fachliche Standards zu sichern und weiter zu entwickeln und die bisher erfolgten Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung auf anderem Niveau und in anderen Bereichen fort zu setzen. Hier gilt es, an den bisherigen Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im beratungsNetzwerk hessen anzuknüpfen.

Sicherung der Idee der Lokalen Aktionspläne/Einrichtung von Regionalzentren

Wie in anderen Flächenländern, z.B. Mecklenburg Vorpommern und Schleswig-Holstein, wäre für die professionelle Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen die Einrichtung von Regionalzentren bei freien und/oder kommunalen Trägern für Beratung und Prävention wünschenswert. In der Konzeption solcher Zentren stellen die bestehenden Lokalen Aktionspläne mit ihren Erfahrungsschätzen und ihrem Knowhow einen guten Ausgangspunkt dar.

Aufgabe eines Regionalzentrums ist sowohl die bisher schon bestehende Beratungsarbeit zu Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vor Ort zu koordinieren. Hier kann zudem ein wichtiger Beitrag zu einer präventiven Antidiskriminierungsarbeit geleistet werden, indem die Regionalzentren Kompetenzen bündeln und Beratungsarbeit leisten. Ferner bieten sie Anlaufstellen, die für von Diskriminierung und rassistischen Übergriffen Betroffene leicht zugänglich sind. Zusätzlich könnten Mitarbeiter/innen in Rahmen von Präventionsprojekten – vor allem an Schulen – tätig werden. Die bisherige Praxis des Beratungsnetzwerks, präventiv nicht tätig werden zu dürfen⁶, erscheint angesichts der Erfahrung in Hessen und an-

⁶ die Leitlinien des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN schließen dies für den Förderschwerpunkt der Beratungsnetzwerke aus

deren Bundesländern als überholungsbedürftig. Regionalzentren wären regional vernetzt, hätten Kenntnisse über regionale Strukturen, Wissen um rechtsextreme Strukturen und Vorkommnisse und lokale Besonderheiten. Regionalzentren sind darüber hinaus regionale Ansprechpartner für Menschen, die sich engagieren möchten, koordinieren somit zivilgesellschaftliche Aktivitäten in der Region und sind somit das „Gesicht“ des Landesprogramms vor Ort.

Gleichzeitig sind die Regionalzentren ein wichtiger Bestandteil dafür, dass im Rahmen des Landesprogramms regionale Kenntnisse, Aktivitäten unter Berücksichtigung der jeweiligen sozial-räumlichen Bedingungen zusammengeführt, ausgewertet und nach neuen Bedarfen hin überprüft werden können.

„Wovon sprechen wir...?“ Monitoring und Studien

Rechtsextremismus in Hessen ist nicht statisch sondern ein dynamisches Phänomen. Das Wissen und der systematische Austausch über die Akteure und über Vorkommnisse mit einem rassistischen und rechtsextremen Hintergrund sind daher unabdingbar, um zu überprüfen, ob Angebote der Beratung und der Präventionsarbeit lückenhaft sind und daher ergänzt werden müssen.

Erforderlich ist deshalb ein systematisches Monitoring solcher Vorkommnisse, um hierüber ein multiperspektivisches Lagebild für Hessen zu erhalten. Ein solches Monitoring wird derzeit im beratungsNetzwerk hessen erprobt, doch es zeigt sich, dass die Bedarfe, z.B. bei einigen LAPs, größer sind, als es die vorhandenen Mittel erlauben.

Eine zweite Quelle, um mehr Wissen über das Problemfeld zu generieren, stellen regelmäßige (jährliche) repräsentative Erhebungen zu der Verbreitung von Vorurteilen und Einstellungsmustern in der Bevölkerung dar, wie dies bereits in anderen Bundesländern (Sachsen-Anhalt, Thüringen) praktiziert wird. Ein „Hessen-Monitor“ trägt der Feststellung Rechnung, dass Rechtsextremismus und Rassismus gesamtgesellschaftliche Phänomene darstellen und nicht ausschließlich an den „Rändern“ der Gesellschaft verankert sind. Gerade diese auch in Hessen verbreiteten Vorurteilkulturen und nicht ausschließlich der organisierte Rechtsextremismus stellen häufig Anlässe für Beratung und für Maßnahmen der Prävention dar. Eine dauerhafte Erhebung von Vorurteilen und Einstellungsmustern würde auch die Möglichkeit bieten, derzeit noch ‚weiße Flecken‘ in diesen Bereichen zu untersuchen. Ein solcher Bereich stellt in Hessen bspw. die Diskriminierungsform Antiziganismus dar, für den greifbare Ergebnisse derzeit noch fehlen.

Die Erhebungen sollten von fachlich ausgewiesenen sozialwissenschaftlichen Institutionen (z.B. einer Universität) durchgeführt werden.

Bildung und Prävention

25,3 Prozent der Hessen haben einen Migrationshintergrund. Hessen zählt damit zu den Flächenländern mit dem höchsten Anteil an Migrationsbevölkerung. Ein Landesprogramm könnte dieser Tatsache aktiv Rechnung tragen. Vergleicht man die Auflagen des gegenwärtigen Bundesprogramms mit den Bedarfen, die sich seit Jahren in Hessen abzeichnen, fällt auf, dass ein großes Feld kaum bearbeitet werden kann: Präventive Arbeit zu Themen wie Rassismus, multikulturelle Gesellschaft und latenten Erscheinungsformen von Rechtsextremismus wird stark nachgefragt, die Nachfrage kann aber nur rudimentär erfüllt werden. Deshalb bedarf es eines eigenen Themenschwerpunktes Bildung an schulischen und außerschulischen Bildungsträgern. Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf die Qualifizierung pädagogischen Fachpersonals gelegt werden, um das bestehende Knowhow des Beratungsnetzwerkes auch an Bildungsträger weiterzugeben. So könnte das interkulturelle Profil von Bildungseinrichtungen geschärft werden. Gleiches gilt für Behörden und andere öffentliche Einrichtungen in der Einwanderungsgesellschaft. In der Ausbildung und in regelmäßigen Fortbildungen von Lehrkräften, Mitarbeiter/innen in Verwaltung, Polizei, Justiz(-vollzug) und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts könnte ein Landesprogramm Themen wie Rassismus und interkulturelle Kompetenz anbieten.

Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung

Die Strukturen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit in Hessen werden bisher nur wenig darin unterstützt, Demokratiebildung als wichtiges Instrument einer Präventionsarbeit auf- und auszubauen. Gerade die Potentiale der demokratisch organisierten Jugendverbände sollten genutzt werden. Aber auch lokale Initiativen, Vereine und Projekte, die mit Jugendlichen toleranzfördernde Demokratiebildung betreiben, brauchen klare und verlässliche Ansprechpartner und Förderung. Was in Hessen fehlt, ist ein Ausbau präventiver Instrumente zur Stärkung der demokratischen Kultur. Da neofaschistische Strukturen dauerhaft bestehen und gezielt Jugendliche mit ihren Ideologien ansprechen, braucht es dauerhaft angelegte Präventionsarbeit, um Jugendliche stark zu machen in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Weltbildern.

Ein Landesprogramm, das mit einem Bereich „Prävention“ anlassunabhängig und offensiv die Stärkung demokratischer Kultur und Verhinderung antidemokratischer Einstellungen bei Jugendlichen verfolgt und mit präventivem Ansatz junge Menschen stark macht gegen antidemokratische Ideologien, würde eine wichtige Lücke schließen. Eine entsprechend auf Landesebene eingerichtete Servicestelle „Jugendarbeit und Demokratiebildung“ (z.B. beim Hessischen Jugendring) könnte eine auf Dauer angelegte Bildungs- und Kulturarbeit von Jugendverbänden, Vereinen und Projekten ausbauen und unterstützen. Aber auch neue Projekte können entstehen und im Kontext eines Landesprogramms als lokale und überregionale Angebote gefördert werden.

Perspektive Schule

Die antirassistische, antidiskriminierende und demokratiestärkende Projektarbeit am Lernort Schule stellt eine wichtige und notwendige Arbeit im Bereich der Präventionsarbeit dar. Hier gilt es, junge Menschen bereits früh für die Produktion von Klischees und Vorurteilen und die Gefahren von menschenverachtenden Einstellungen zu sensibilisieren. Darüber hinaus kann eine solche Bildungsarbeit helfen, jungen Menschen Mut zu machen, sich gegen menschenverachtende Einstellungen zu positionieren und sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen.

Mehrere Bildungsträger in Hessen, wie die Jugendbildungsstätte Anne Frank sowie das Netzwerk für Demokratie und Courage, bieten bereits seit einigen Jahren Projekttag für Schulen an. Ihnen ist es gelungen ein breites Angebot zur Verfügung zu stellen und dutzende junge Ehrenamtliche für diese Arbeit zu gewinnen. Der dahinter stehende „Jugend für Jugend-Ansatz“ sowie die Methodenvielfalt solcher Projekttag ermöglichen den jungen Teamenden einen positiven Zugang zu Schülerinnen und Schülern.

Im Rahmen eines Landesprogramms sollte die antirassistische Bildungsarbeit an Schulen verstetigt und ausgeweitet werden. Die bestehenden Projekte könnten bei einer deutlich besseren Finanzierungsgrundlage eine höhere qualitative und vor allem quantitative Arbeit leisten, und somit einen wichtigen Beitrag in Sachen Prävention gegenüber menschenverachtenden Einstellungen leisten.

Perspektive für (Sport)Vereine und Verbände

Sportvereine sind noch selten in lokalen (Demokratie-)Bündnissen engagiert, aber wichtige Partner hinsichtlich der Stärkung einer Gemeinde (z.B. durch Sportfestivals gegen Rechtsaußen oder Stolpersteinläufe). Hier könnte ein „**LAP Sport in Hessen**“ sinnvolle Aktivitäten unterstützen. Der Landessportbund Hessen und die Sportjugend Hessen könnten auch kleine, lokale, wenig verwaltungsaufwendige Sport-Projekte fördern und die Vereine beim Engagement in der Kommune unterstützen und begleiten.

Sportfachverbände und Sportkreise sind (mit Ausnahme des Fußballs) bisher wenig mit dem Thema Rechtsextremismus konfrontiert. Hier wären z.B. eigene Sensibilisierungs- und Qualifizierungsprojekte (Fort- und Weiterbildungen für Funktionsträger) sinnvoll. Der Landessportbund Hessen und die Sportjugend Hessen könnten als Dach der Fachverbände und Sportkreise die Projekte leiten und die Qualität absichern. Hierbei könnten z.B. die bereits ausgebildeten R.AN! Coaches zum Einsatz kommen.

Anbindung eines Landesprogramms

Ein qualifiziertes, abgestimmtes und vernetztes Landesprogramm bedarf einer gut begründeten und plausiblen Anbindung bzw. Institutionalisierung. Dabei bieten sich vier Varianten an:

- ein neues, weitgehend unabhängiges Konstrukt,
- eine Landesbehörde/ein Ministerium,
- ein freier Träger von landespolitischer Bedeutung und Kompetenz,
- eine Universität mit einem Institut, das Einschlägigkeit nachweisen kann.

Alle Varianten haben spezifische Vor- und Nachteile, sie setzen unterschiedliche Akzente und Signale. Zu favorisieren ist eine universitäre Anbindung, für die es zahlreiche gute Argumente gibt:

1. Aufgrund der Position, die keinen Interessen verpflichtet und mit Freiräumen des Wissenschaftsbetriebes verbunden ist, kann eine universitäre Anbindung die notwendige koordinierende und moderierende Funktion qualifiziert ausüben. Das gilt auch – so die Herausforderungen - für das notwendige flexible Handeln, das Betreten von Neuland und experimentellen Wegen.
2. Die Verbindung von Praxisentwicklungen/-herausforderungen und Wissenschaft, die Kommunikation und Reflexion von Praxis, empirischen Befunden und Theorie ist gewährleistet und von beiden Seiten erwünscht. Das gilt auch für qualifizierte Kommunikationswege, Fortbildungs-, Tagungs- und Dokumentationsangebote im Feld.
3. Die Evaluation von Praxis, wissenschaftliche Auswertung und Dokumentation von Prozessen und Erkenntnissen aus dem Landesprogramm sowie eine öffentliche Berichterstattung ermöglicht, dass ein solches Programm und seine Weiterentwicklung auf hohem Niveau gewünscht und etabliert werden. Vom Praxis-Träger-Wissenschaftsdialog profitieren Praxis/Träger, Politik sowie die öffentliche Kommunikation und Wissenschaft gleichermaßen. Eine solche Perspektive hat auch eine Politik beratende Funktion.
4. Die Erfahrungen mit der Anbindung des beratungsNetzwerkes hessen an die Philipps-Universität Marburg (Institut für Erziehungswissenschaft) hat in den letzten Jahren eindrucksvoll gezeigt, wie produktiv eine universitäre Verortung sein kann. Das gilt sowohl für die Praxisprozesse, Kommunikation und Vernetzung des Feldes als auch die Dokumentation, Tagungen und Publikationen von Ergebnissen.

Entstehungsprozess/Beteiligung:

Schon bei der Erarbeitung sollte dem demokratischen Charakter eines Landesprogramms Rechnung getragen werden. Beteiligung und erlebbare demokratische Kultur sind die Grundvoraussetzungen einer Arbeit gegen Rechtsextremismus und menschenfeindliche Einstellungen. Deswegen sollten die bisher in Hessen schon vorhandenen Erfahrungen in die Erarbeitung des Landesprogramms einfließen.

Denkbar sind:

- Expertengespräche (Institutionen mit Fachwissen, Experten, Betroffene, Interessierte) – in Hessen gibt es zahllose Organisationen, Gremien und Expertinnen und Experten, die über langjährige Erfahrung im Themenfeld verfügen.
- Internetbeteiligung – mehrere Wochen können interessierte Bürger/innen online und anonym Stellung zu einem geplanten Landesprogramm und dessen Inhalte Stellung beziehen. Nach Beendigung der Online-Beteiligung werden die Ergebnisse und Kommentare berücksichtigt.
- Gespräche mit Bürger/innen (Veranstaltungen) – damit können Bürger/innen direkt mit dem Landesprogramm in Dialog treten und es kann niedrigschwellig in Erfahrung gebracht werden, wo Handlungsbedarf von direkt Betroffenen bzw. Beteiligten gesehen wird.

6. Anhang: Zeitlich befristete Maßnahmen und Angebote in Hessen

Im Folgenden werden bestehende Angebote zur Prävention und Intervention in Hessen vorgestellt, die hauptsächlich durch Drittmittel finanziert werden und somit zeitlich befristet sind – diese Auflistung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

6.1 beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

Name des Programms/Projekts	beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN
Antragsteller	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport; Vorsitz der Lenkungsgruppe
Laufzeit	01.01.2010 – 31.12.2014
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	<p>Beratungen von Einzelpersonen und Organisationen nach Vorkommnissen mit einem fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen oder rechtsextremen Hintergrund. Dem Netzwerk gehören derzeit 29 staatliche und nichtstaatliche Träger im so genannten Expertenpool sowie Vertreter/-innen der hessischen LAPs an, welche die 25 Berater/-innen des Netzwerks fachlich unterstützen. Das Beratungsnetzwerk wird gesteuert von einer Lenkungsgruppe, der vier Vertreter/-innen von hessischen Ministerien und vier gewählte Vertreter/-innen der zivilgesellschaftlichen Träger im Beratungsnetzwerk angehören. Die Landeskoordinierungsstelle ist an der Philipps-Universität Marburg, FB 21 eingerichtet.</p> <p>Die Berater/-innen weisen ein differenziertes Qualifikationsprofil auf (z.B. systemische Beratung, Mediation, Coaching, Elternberatung). Hauptberatungsnehmergruppen sind Schulen, Kommunen, Vereine, Eltern usw. Die Beratungsanlässe sind sehr unterschiedlich (s.o.) und die seit August 2007 durchgeführten 250 Beratungen in Hessen vollziehen sich zumeist über mehrere Monate. Bundesweit war das beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus das erste landesweite Netzwerk in diesem Themenkontext, welches sich einer externen Testierung zur Qualitätssicherung bei ArtSet Hannover unterzog. Das Testat ist gültig bis Januar 2015; 2014 wird eine Retestierung durchgeführt.</p>
Fördervolumen p.a.	280.000,00 EUR
Landesmittel	121.058,00 EUR
Internet:	www.beratungsnetzwerk-hessen.de

6.2 Lokale Aktionspläne in Hessen

6.2.1 Lokaler Aktionsplan Schwalm-Eder-Kreis

Name des Programms/Projekts	<p>"Gewalt geht nicht!" – Wir im Schwalm-Eder-Kreis Gemeinsam.Tolerant.Aktiv"</p> <p>Lokaler Aktionsplan des Schwalm-Eder-Kreises – Förderung im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN</p>
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN
Antragsteller	Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises
Laufzeit	<p>"Gewalt geht nicht!"</p> <ul style="list-style-type: none"> • Seit 2008 • Unbestimmte Zeit – Förderentscheidung im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen <p>TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gesichert bis 31.12.2013 <p>Ankündigung der Verlängerung bis 31.12.2014</p>
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	<p>Hoher Grad der zivilgesellschaftlichen Einbindung über einen Projektausschuss und den Begleitausschuss sicher gestellt</p> <p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung der Bevölkerung im Schwalm-Eder-Kreis in Bezug auf die Demokratiegefährdung durch Rechtsextremismus • Sensibilisierung der Bevölkerung im Schwalm-Eder-Kreis in Bezug auf die Notwendigkeit einer gezielten Demokratieförderung, auch als Mittel der Prävention <p>Aufgaben:</p> <p>Für "Gewalt geht nicht!"</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationen zur rechtsextremen Szene sammeln und bewerten ▪ Individuell zugeschnittene Fortbildungsangebote für Multiplikatorinnen, Multiplikatoren aus Schule, Jugendarbeit, Vereinen und Verbänden konzipieren, anbieten und durchführen ▪ Unterstützung, Intervention und Beratung in aktuellen Krisensituationen bei einer Konfrontation mit dem Rechtsextremismus ▪ Inhaltliche Beratung, sowie auch finanzielle Unterstützung bei Präventionsmaßnahmen <p>Für TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN</p>

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Lokale Koordinierung des „Lokalen Aktionsplanes“ im Schwalm-Eder-Kreis
Fördervolumen p.a.	<p>"Gewalt geht nicht!"</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Landes- oder Bundesförderung (lediglich Personalkostenzuschuss des Landes Hessen über HJBFG) <p>TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2011 – 100.000 € • 2012 – 90.000 € • 2013 – 90.000 € <p>2014 – noch offen</p>
ggf. Eigenanteil/ Landesmittel	<p>"Gewalt geht nicht!"</p> <ul style="list-style-type: none"> • 25.000 € jährlich, über Kreishaushalt • 1 volle Stelle eines Projektleiters • ½ Stelle einer Verwaltungskraft/Sachbearbeiterin <p>TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN</p> <p>Lokale Koordinierung durch die Projektleitung des kreiseigenen Projektes "Gewalt geht nicht!"</p> <ul style="list-style-type: none"> • 50% einer TVÖD 10 Stelle • 40% einer TVÖD 8 Stelle
Internet:	www.gewalt-geht-nicht.de
Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)	<p>"Gewalt geht nicht!":</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vielzahl von Vorträgen und Workshops mit MultiplikatorenInnen • Wertvolle Netzwerkarbeit und Pflege betrieben • Jugend als Zielgruppe bisher nur schwer zu erreichen <p>TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Netzwerk über Netzwerkkonferenz etabliert • Vielfältige Themen über Projekte gefördert <p>Jugendbeteiligungsgremien noch nicht ausreichend eingebunden</p>
Perspektiven für ein Landesprogramm (Was kann ein Landesprogramm aus	<ul style="list-style-type: none"> • Absicherung von fachlichen Standards, die inzwischen entstanden sind • Förderung exemplarischer Projekte in einzelnen Regionen

Ihrer Sicht leisten, wo liegen die Vorteile etc.)	<p>(kann über beratungsNetzwerk hessen laufen)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dauerhaften Erfahrungsaustausch ermöglichen • Sachmittelausstattung für Initiativen, die sonst keinerlei Zugriff auf Ressourcen haben
---	---

6.2.2 Lokaler Aktionsplan Limburg Weilburg

Name des Programms/Projekts	VIDETO: Vielfalt-DEmokratie-TOLeranz im Landkreis Limburg-Weilburg
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN
Antragsteller	Amt für Jugend, Schule und Familie
Laufzeit	seit 2007
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	Das Bundesprogramm läuft im Landkreis Limburg-Weilburg seit dem Jahr 2007 und hat zum Ziel, die Werte Vielfalt, Toleranz und Demokratie zu fördern. In den Jahren 2007 bis 2012 wurden insgesamt 87 Einzelprojekte im präventiv-pädagogischen Bereich von verschiedenen Projektträgern (Kirchen, Vereine, Verbände) umgesetzt. Hierfür standen Projektmittel in Höhe von 433.000,00 Euro zur Verfügung.
Fördervolumen p.a.	Im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ fand in den Jahren 2007 bis 2010 eine jährliche Förderung in Höhe von 100.000,00 Euro statt; für das Jahr 2013 wurden dem Landkreis Limburg-Weilburg 30.000,00 Euro bewilligt.
ggf. Eigenanteil/ Landesmittel	5.000,00 Euro Nachhaltigkeitsfonds beim Verein für Kriminalprävention Limburg-Weilburg. Der Fonds wird durch Bußgelder gespeist, die in jugendgerichtlichen Strafverfahren u.a. von fremdenfeindlichen Straftaten verhängt worden sind.
Internet:	www.videto.de
Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)	Eine Auswertung der Projektstammbblätter ergab, dass mit den bisher im Landkreis Limburg-Weilburg durchgeführten VIDETO - Projekten über 11.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht wurden. Das Bundesprogramm hat sich unter dem Begriff VIDETO im Landkreis Limburg-Weilburg inzwischen einen Namen gemacht. Es ist insgesamt gelungen, sehr viele Träger zu aktivieren, sich für die Ziele des Bundesprogramms einzusetzen.
Perspektiven für ein Landesprogramm (Was kann ein Landesprogramm aus Ihrer Sicht leisten, wo	Aus unserer Sicht könnte mit einem Landesprogramm die Nachhaltigkeit von VIDETO weiter abgesichert werden und die aufgebauten Strukturen und Intentionen des LAPs Limburg-Weilburg weiter gefestigt werden.

liegen die Vorteile etc.)	
---------------------------	--

6.2.3 Lokaler Aktionsplan Wetzlar/Lahn-Dill

Name des Programms/Projekts	Lokaler Aktionsplan Wetzlar/Lahn-Dill
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN
Antragsteller	Stadt Wetzlar
Laufzeit	2011 bis 2014
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	<p>Ziele: Junge Menschen erkennen die Werte von Demokratie und Interkulturalität an und grenzen sich von radikalen Gruppierungen ab. Die Zivilgesellschaft und die kommunale Politik sind sensibel gegenüber Intoleranz sowie Radikalisierungstendenzen und beziehen klar Stellung gegenüber diesen Strömungen.</p> <p>Aufgaben: Aufklärungsarbeiten in der Breite und in der Tiefe für die zentrale Zielgruppe „junge Menschen im Alter zwischen 12 und 30 Jahren“. Da der direkte Zugang nicht immer möglich ist, wird verstärkt der Weg über Multiplikatoren gegangen, die in regelmäßigem Kontakt mit dieser Zielgruppe stehen. Hierzu zählen Schulen, Vereine, Jugendhilfeträger, Kirchen, Medien, Verbände und pädagogisch tätige Berufsgruppen. Mittelbar sind auch politische Entscheidungsträger und deren Organisationen von hoher Bedeutung, da sie die Inhalte des Lokalen Aktion Plans (LAP) öffentlichkeitswirksam vertreten können</p>
Fördervolumen p.a.	2011: € 60.000 / 2012: € 100.000 / 2013: € 90.000.- / 2014: €
ggf. Eigenanteil/ Landesmittel	keine
Internet:	http://toleranz-wz-ldk.de
Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)	<p>Es ist gelungen, Projektträger mit einer breit gefächerten Palette von Projektideen für das Bundesprogramm zu gewinnen. Einige dieser Projektideen wurden zum festen Angebot.</p> <p>Durch personelle Veränderungen bei den Programmträgern kam es zu einer zeitlichen Verzögerung in der Aufgabenumsetzung.</p> <p>Mängel zeigen sich in der Zusammenarbeit und in der Kommunika-</p>

	tion zwischen den öffentlichen Programmträgern und den zivilen Akteuren. Hier ist es wichtig, eine stabile und langfristige Vertrauens- und Verantwortungskultur aufzubauen.
Perspektiven für ein Landesprogramm (Was kann ein Landesprogramm aus Ihrer Sicht leisten, wo liegen die Vorteile etc.)	Das Landesprogramm kann die spezifischen sozial-räumlichen Bedingungen stärker berücksichtigen, weil ein genaueres Landeswissen abrufbar ist. Ein Vorteil ist weiterhin, dass die originären Landesbedürfnisse herausgearbeitet werden können.

6.2.4 Lokaler Aktionsplan Wiesbaden-Biebrich

Name des Programms/Projekts	Lokaler Aktionsplan Wiesbaden-Biebrich
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN
Antragsteller	Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit.
Laufzeit	2007 bis heute
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	<ul style="list-style-type: none"> • Interkulturelles Lernen/antirassistische Bildung • Kulturelle und geschichtliche Identitätsentwicklung • Demokratie- und Toleranzerziehung • Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft • Zielgruppe: Jugendliche und die sog. Mitte der Gesellschaft
Fördervolumen p.a.	100.000 €, sukzessive abnehmend auf derzeit 20.000 €
ggf. Eigenanteil/ Landesmittel	Personalmittel von 20 Wochenstunden für inhaltliche Steuerung und Administration
Internet:	www.vielfalt-tut-gut-in-biebrich.de
Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)	<p>+++</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Multiplikatoren • Wirkungen in die sog. Mitte der Gesellschaft hinein • Besondere Öffentlichkeitsarbeit einerseits in Richtung Wiesbaden Gesamtstadt und andererseits in Bezug auf Nachhaltigkeit • Etablierung eines thematischen Trägerkreises bestehend

	<p>aus Vereinen, Verbänden und freien Initiativen für eine Veranstaltungsreihe zur Vielfalt und gesellschaftlichen Teilhabe</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durchgängige Beteiligung der Migrantenselbstorganisationen und auch traditionelle deutsche Vereine und Gruppierungen wurden nicht erreicht
<p>Perspektiven für ein Landesprogramm (Was kann ein Landesprogramm aus Ihrer Sicht leisten, wo liegen die Vorteile etc.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Landesweite, regionale Kenntnisse und Netzwerke ermöglichen für eine Präventionsarbeit zielgenauere Programme und Projekte. • Eine landesweite Perspektive drückt eine Haltung der Politik und der Bürgergesellschaft aus. • Das kommunale Bemühen für Vielfalt, gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus wird unterstützt. • Sicherstellung eines fachlichen Austausches

6.2.5 Lokaler Aktionsplan Mittlere Wetterau

Name des Programms/Projekts	BUNTerLEBEN
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN
Antragsteller	Gemeinde Echzell, Stadt Florstadt, Stadt Reichelsheim, Gemeinde Wölfersheim
Laufzeit	05.2011 – 12.2013
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	<p>Ziele sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Selbstsicherer und aufgeklärter Umgang mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und der lokalen Problematik • Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure in den Kommunen zu einem regionalen Netzwerk • Aufbau eines Ämternetzwerkes als „Frühwarnsystem“ • Ausbau von Mechanismen zur frühzeitigen Sensibilisierung in kleinen sozialen Strukturen. Abschmelzung des Zugangs zu rechtsextremen Gruppen. • Optimales Angebot für Jugendliche in den Kommunen • Ab 2013: Förderung der Einbindung von Neubürgern in lokale Strukturen zum Abbau von Distanz und Vorurteilen. <p>Besonders Merkmal des LAP Mittlere Wetterau ist der Zusammenschluss von 4 Kommunen, der vom Haupt- und Ordnungsamt Ech-</p>

	zell aus koordiniert wird.
Fördervolumen p.a.	2011: 60.000 € 2012: 90.000 € 2013: 86.000 € + 4.000 € (TuNfD)
ggf. Eigenanteil/ Landesmittel	<ul style="list-style-type: none"> • Hauptamtsleiterin der Gemeinde Echzell mit einem Stellenanteil von 20% • Büroräume und -ausstattung einschl. des Materialbedarfs der lokalen Koordinierungsstelle, Tagungsräume und Sitzungszimmer für die Steuerungsgruppe/Begleitausschuss. Kostenfreie Nutzung der Räume einschl. Nebenkosten des externen Projektbüros des LAP durch externe Koordinierungsstelle. • 15.000 € p.a. für die Teilauslagerung der lokalen Koordinierungsstelle zur Übernahme von Teilaufgaben durch die Regionalentwicklung Oberhessen.
Internet:	www.bunterleben.eu
Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)	<ul style="list-style-type: none"> • Gute Information, Sensibilisierung und offener Dialog über rechtsextreme Problemlagen vor Ort auf zivilgesellschaftlicher und kommunaler Ebene • Bewusstseinswandel und stärkeres Eintreten gegen REX • Unterstützung des LAP BUNTerLEBEN durch unterschiedlichste Projektträger und Projekte • Regelmäßige Vernetzungstreffen der Ämter zur Ausarbeitung eines Frühwarnsystems
Perspektiven für ein Landesprogramm (Was kann ein Landesprogramm aus Ihrer Sicht leisten, wo liegen die Vorteile etc.)	Die geschaffenen Strukturen könnten erhalten bleiben, Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit könnten fortgesetzt werden. Der Fortbestand der Projektbüros könnte sicherstellen, dass Zivilbevölkerung und Organisationen eine Anlaufstelle vor Ort haben. Erforderlich ist darüber hinaus die Schaffung eines zentralen Internetportals zur Sammlung von Informationen und Aktivitäten mit rechtsextremistischem Hintergrund, um ein multiperspektivisches Lagebild für Hessen zu erhalten und den einzelnen Akteuren vor Ort die Interventionsarbeit zu erleichtern.

6.2.6 Lokaler Aktionsplan Darmstadt

Name des Programms/Projekts	Lokaler Aktionsplan Darmstadt
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN
Antragsteller	Interkulturelles Büro der Wissenschaftsstadt Darmstadt
Laufzeit	2007-2010 Vielfalt tut gut 2011-2013 Toleranz fordern, Kompetenz stärken
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	<p>Antirassistische Projekte: good practice</p> <p>2 Schwerpunkte (2011-13)</p> <p>Seit 2007: Einbeziehung des Verbands Dt. Sinti und Roma mit den Zielsetzungen Aufklärung über die Verfolgungsgeschichte und Bekämpfung des Antiziganismus durch Veranstaltungen, Workshops, Ausstellung und Erstellung von Materialien (Filme, Bücher, Unterrichtsmaterialien, Hörspiele ...)</p> <p>Seit 2010: Aktivierung von MigrantInnen-Selbst-Organisationen (MSOs) zur Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Stadtgesellschaft durch Schulungen, Erstellung von Materialien und öffentliche Veranstaltungen, Schaffung von verlässlichen Strukturen.</p>
Fördervolumen p.a.	30.000,00 € p.a. bis Ende 2013, vorher zum Teil mehr
ggf. Eigenanteil/Landesmittel	-
Internet:	www.vielfalt-in-darmstadt.de
Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)	<p>Es ist vieles gelungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Arbeit des Verbands vor Ort wurde in anderen Regionen aufgenommen und fortgesetzt. Das große Ziel der Etablierung einer Dauerausstellung vor Ort zum Thema „Antiziganismus“ befindet sich in der Entscheidungsphase, auch hinsichtlich einer dauerhaften Finanzierung 2. Die MSOs haben sich in der Stadtgesellschaft einen Platz geschaffen, allerdings ist die dauerhafte Sicherung der Arbeit nur zum Teil gesichert.

Perspektiven für ein Landesprogramm (Was kann ein Landesprogramm aus Ihrer Sicht leisten, wo liegen die Vorteile etc.)	
--	--

6.2.7 Lokaler Aktionsplan Offenbach

Name des Programms/Projekts	LAP Kreis Offenbach
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN
Antragsteller	Jugendförderung Kreis Offenbach
Laufzeit	2010 - 2013
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	<p>Der LAP Kreis Offenbach setzt einen Schwerpunkt bei der Demokratieerziehung Jugendlicher. Hier sind insbesondere auch Jugendliche mit Migrationshintergrund im Fokus.</p> <p>Ein weiterer Schwerpunkt ist die Initiierung positiven bürgerschaftlichen Engagements rund um die Asylbewerberunterkünfte.</p>
Fördervolumen p.a.	75.000,- € (insgesamt 300.000,- auf 4 Jahre)
ggf. Eigenanteil/ Landesmittel	
Internet:	www.vielfalt-im-kreis-offenbach.de
Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)	Es gibt eine große Zufriedenheit mit den Projektdesigns und den Projektverläufen. Auch die Vernetzung und die Sensibilisierung für das Thema sind gut fortgeschritten. Dafür ist die Situation an Schulen weiter ausbaufähig, es ist wünschenswert, dass das Thema Demokratieerziehung dort regelhaft einen größeren Raum einnimmt. Bedenken bestehen bezüglich der Sicherung der Nachhaltigkeit, da die eigenen Etats im Rahmen des Rettungsschirms nicht aufgestockt werden können.
Perspektiven für ein Landesprogramm (Was kann ein Landesprogramm aus	Neben der Verstetigung unserer Anstrengungen kann insbesondere die Koordinierung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und die Weiterentwicklung der Projektformate vorangetrieben werden. Es können Ressourcen für die Bildung einer Task Force bereitgestellt

Ihrer Sicht leisten, wo liegen die Vorteile etc.)	werden, um immer unverzüglich auf aktuelle Gegebenheiten reagieren zu können.
---	---

6.2.8 Lokaler Aktionsplan Lollar

Name des Programms/Projekts	Vielfalt in Lollar
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN
Antragsteller	Förderverein aktive Nachbarschaften e.V. Lollar
Laufzeit	Mai 2011 – Dez 2013
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	Toleranzförderung, Demokratieerziehung, Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Stadt ein besonderer Schwerpunkt: Förderangebote für Familien mit Migrationshintergrund. Ziel ist es, deren Chancen auf eine erfolgreiche Partizipation am gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen zu erhöhen.
Fördervolumen p.a.	60.000 (2011), 90.000 (2012) 90.000 (2013)
ggf. Eigenanteil/ Landesmittel	Verwaltungskosten /1/2 Stelle Verwaltungskraft
Internet:	www.vielfalt-in-lollar.de
Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)	<p>Besonders im Bereich spezieller Förderangebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wie auch deren Eltern haben sich eine Reihe sinnvoller Förderangebote in Lollar etabliert, die deren Teilhabemöglichkeiten langfristig deutlich verbessern können. Während der Förderperiode wird deutlich, dass das Thema Rechtsextremismus in Lollar und Umgebung bisher unterschätzt wurde. Es wurden Maßnahmen entwickelt, die auch oder in der Migrationsgesellschaft greifen.</p> <p>Außerdem tragen eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen zu einer interkulturellen Öffnung bei. Diese sollen dazu beitragen, dass die unterschiedlichen Kulturen mehr miteinander und weniger nebeneinander her leben. Regelmäßig finden beispielsweise gemeinsame Veranstaltungen mit den türkischen Vereinen und der ezidischen Gemeinde statt.</p> <p>Es hat sich ein breites Netzwerk aus Bildungsorganisationen, städtischen Einrichtungen, Sportvereinen, Migrantenvereinen, Kirche und Multiplikatoren gebildet, das eine erfolgreiche Umsetzung solcher Pro-</p>

	<p>jekte ermöglicht. Alle sind sich ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst und ziehen an einem Strang.</p> <p>Bei allen Projekten wird immer auch über alternative Finanzierungsmöglichkeiten nachgedacht, ohne weitere Fördermittel ist aber eine Erhaltung des derzeit laufenden Programms keinesfalls möglich.</p>
<p>Perspektiven für ein Landesprogramm (Was kann ein Landesprogramm aus Ihrer Sicht leisten, wo liegen die Vorteile etc.)</p>	<p>Landesprogramm kann spezifischer auf die regionalen und lokalen Bedürfnisse eingehen</p>

6.2.9 Lokaler Aktionsplan des Vogelbergkreises

Name des Programms/Projekts	Lokaler Aktionsplan des Vogelsbergkreises						
Programmträger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms TOLREANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN						
Antragsteller	Kreisausschuss Vogelsbergkreis						
Laufzeit	Seit 2007						
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	<p>1. Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Vogelsbergkreis verfügen über ein demokratisches Grundverständnis, haben die Möglichkeit der politischen Teilhabe und lehnen Diskriminierung und Gewalt aktiv ab.</p> <p>2. Alle demokratischen Kräfte des Landkreises VBK arbeiten konstruktiv zusammen, um die Bürger über Rechtsextremismus aufzuklären und um das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus zu erhöhen.</p>						
Fördervolumen p.a.	<p><u>Projektförderung Vogelsbergkreis:</u></p> <p>„Vielfalt tut gut“</p> <table> <tr> <td>2007(01.10.07):</td> <td>3 Einzelprojekte</td> <td>35.000,- €</td> </tr> <tr> <td>2008:</td> <td>24 Einzelprojekte</td> <td>145.000,- €</td> </tr> </table>	2007(01.10.07):	3 Einzelprojekte	35.000,- €	2008:	24 Einzelprojekte	145.000,- €
2007(01.10.07):	3 Einzelprojekte	35.000,- €					
2008:	24 Einzelprojekte	145.000,- €					

	<p>2009: 25 Einzelprojekte 100.000,- €</p> <p>2010: 16 Einzelprojekte 100.000,- €</p> <p>„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“</p> <p>2011: 13 Einzelprojekte 65.000,- €</p> <p>2012: 7 Einzelprojekte 30.000,- €</p> <p>2013: 6 Einzelprojekte 30.000,- €</p> <p>Gesamt: 94 Einzelprojekte 485.000,- €</p>
ggf. Eigenanteil/ Landesmittel	<p>Sachmittel Vogelsbergkreis: 15.000,- Euro pro Jahr</p> <p>Personalkosten Vogelsbergkreis: 0,5 Stelle EG 11 TVÖD 0,35 Stelle EG 9 TVÖD</p>
Internet:	www.vielfalt-im-vb.de
Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)	<p>„Vielfalt tut gut“ ist in den seit 2007 zur Kultur im Vogelsbergkreis und zum inhaltlichen Leitgedanken der Arbeit des breit gestellten und aktors-, träger- und generationsübergreifenden Netzwerkes „Vielfalt im VB“ und des Ämternetzwerkes geworden.</p> <p>Die konsequente Umsetzung des beteiligungsorientierten Ansatzes des Bundesprojektes, d.h. die frühzeitige Einbeziehung der Zielgruppen (Jugendliche und Multiplikatoren), der zivilgesellschaftlichen Akteure (engagierte Bürger und Entscheidungsträger vor Ort), der verfassten Zivilgesellschaft (freie Träger insbes. der Jugendarbeit), der Politik (Kreisausschuss und Kreistag) und der Verwaltung (Ämternetzwerk) , die ausdrückliche Orientierung der Einzelprojekte an den Leit- und Mittelzielen des LAPs und die zeitnahe Rückkopplung der Projekt- und Einzelprojektergebnisse in die Netzwerkstrukturen und Politik und die finanzielle Förderung durch das Bundesministerium haben zu einer hohen Wirksamkeit und zu einer breiten Akzeptanz im Fördergebiet geführt.</p> <p>Diese Erfolge täuschen nicht darüber hinweg, dass es nach wie vor Handlungsbedarf im VB gibt. Ressentiments, fremdenfeindliche und antisemitische und auch antidemokratische Einstellung finden sich nicht nur bei Jugendlichen auch weiterhin im VB. Das breite Bündnis aller demokratischen Kräfte im Vogelsbergkreis, das durch die</p>

	Bundesprogramme „Vielfalt tut gut“ und „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ deutlich gestärkt wurde, wird auch weiterhin daran weiterarbeiten.
Perspektiven für ein Landesprogramm (Was kann ein Landesprogramm aus Ihrer Sicht leisten, wo liegen die Vorteile etc.)	Ein Landesprogramm könnte wesentlich zur nachhaltigen Verstetigung der Arbeit in dem wichtigen Themenfeld führen. Es würde die zivilgesellschaftlich getragenen Aktivitäten anerkennen und würdigen und langfristig auch finanziell absichern. Verstetigt würde auch die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Politik und Verwaltung. Sie hat sich in der Arbeit des Begleitausschusses als sehr konstruktiv und wirkungsvoll gezeigt.

6.3 Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg

Name	Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg
Programmträger	Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms „Einstieg zum Ausstieg“
Antragsteller	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Laufzeit	01.12.2009 – 31.10.2013 wird ab dem 01.11.2013 vom Land Hessen weiter gefördert.
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	Zielgruppe sind rechtsextremorientierte Jugendliche und ihre Bezugspersonen. Das Angebot des Modellprojekts unterscheidet sich in zwei Säulen: a) Beratung; Beratung von Eltern, Beratung von pädagogischen Fachkräften, die in ihren Kontexten mit der Zielgruppe arbeiten, sowie die Begleitung von rechtsaffinen Jugendlichen im Rahmen einer „Erstansprache“. 2. Information und Fortbildung: Das Modellprojekt bietet ein differenziertes Informations- und Fortbildungsangebot für Jugendliche, pädagogische Fachkräfte und weitere Multiplikatoren im Themenfeld an. Seit 2009 hat das Projekt „Rote Linie (...)“ Beratungen und (...) Informations- und Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Dem Projekt gehören das hessische Aussteigerprogramm IKARus, der Verein JAKOb e.V. sowie der St. Elisabethverein e.V. an; die Projektleitung obliegt der Philipps-Universität Marburg, FB 21. Für das Projekt arbeiten drei hauptamtliche Mitarbeiter/-innen. (s.o.)
Fördervolumen p.a.	120.000,00 EUR (im Rahmen der Förderung bis 31.10.2013)
ggf. Eigenanteil/Landesmittel	22.000,00EUR (im Rahmen der Förderung bis 31.10.2013)
Internet:	www.rote-linie.net

6.4 Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen

Name des Programms/Projekts	Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen
Programmträger	Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Antragsteller	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) - Landesausländerbeirat
Laufzeit	zunächst 1 Jahr (1.5.2012 - 30.04.2013), verlängert um ein weiteres Jahr (1.5.2013 - 30.04.2014)
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	<p>Im Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen sind über 70 hessische Organisationen zusammengeschlossen mit dem Ziel, gegen Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft und/oder Religionszugehörigkeit in Hessen vorzugehen. Das Netzwerk will benachteiligende Strukturen kenntlich machen und Betroffenen Wege aufzeigen, sich gegen Ungleichbehandlung zur Wehr zu setzen. Das hessische Netzwerk ist Teil der „Offensive diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Im Rahmen des Programms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ werden Beratungsstrukturen deutschlandweit ausgebaut. Dafür wurden bundesweit insgesamt 10 Netzwerke gegen Diskriminierung von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ins Leben gerufen.</p> <p>Die Netzwerkpartner möchten einen landesweiten Diskriminierungsschutz aufbauen, benachteiligende Strukturen kenntlich machen und Betroffenen Wege aufzeigen, wie sie sich Gehör verschaffen und ihre Rechte einfordern können. Hierzu engagiert sich das Netzwerk in den Bereichen Prävention, Qualifizierung, Information und Beratung, z.B. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Initiativen für mehr Prävention • AGG-Qualifizierungen • Beraterschulungen • Erfahrungsaustausch und Vernetzung • Tagungen • Empowerment • Beschwerde- und Beratungshotline
Fördervolumen p.a.	37.500,00 EUR
ggf. Eigenanteil/Landesmittel	nicht bezifferbar, da nicht kassenwirksam (Mietanteil, Telefon, Reinigung, Arbeitsplatzausstattung, Büromaterial, Zuarbeiten durch Stammpersonal)
Internet:	http://www.netzwerk-gegen-diskriminierung-hessen.de/

6.5 weitere Modellprojekte: Erlebniswelt Sport

Name des Programms/Projekts	Erlebniswelt Sport – Wir bieten Respekt und ANerkennung! (R.AN!) Modellprojekt – gefördert im Rahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des BMFSFJ
Programmträger	Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V.
Antragsteller	Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V.
Laufzeit	01.04.2011 – 31.03.2014
Aufgaben, Ziele, besondere Merkmale	Das Ziel des Projektes besteht in der Sensibilisierung und Aktivierung von Sportvereinen in so genannten "belasteten Gebieten" Hessens, in denen es zu rechtsextremen Vorfällen gekommen ist. Es gilt auszuloten, welche Chancen, aber auch Grenzen Sportvereine haben, über ihre Arbeit das Thema Rechtsextremismus/rechtsextrem orientierte Jugendliche aufzunehmen und entsprechende Aktivitäten abzuleiten. Im Zentrum steht hierbei die Kopplung des Themas mit gelebter Demokratie und Beteiligungsformen in den teilnehmenden Vereinen, z.B. durch das Modell "Juniorteam". Die ausgewählten R.AN! Kooperationsvereine werden über einen Zeitraum von 3 Jahren von R.AN! Coaches begleitet, die u.a. im Rahmen des Projektes für diese Aufgabe qualifiziert wurden/werden.
Fördervolumen p.a.	90.000.- Euro
ggf. Eigenanteil/ Landesmittel	90.000.- Euro Eigenmittel
Internet:	http://www.sportjugend-hessen.de

6.6. Schulprojekttag: Netzwerk für Demokratie & Courage (NDC)

Name des Programms/Projekts	Netzwerk für Demokratie & Courage (NDC)
Programmträger	DGB-Jugend und Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BdkJ)
Antragsteller	DGB-Jugend
Laufzeit	DGB-Jugend stellt bei diversen Trägern (LAP, Xenos, Weltoffenes Darmstadt,) Anträge zwecks Kofinanzierung des NDC.
Aufgaben, Ziele,	Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC) setzt in Hes-

<p>besondere Merkmale</p>	<p>sen seit 2005 demokratiefördernde Bildungsarbeit an Schulen und Ausbildungseinrichtungen um. Ziel der Präventionsarbeit ist es, menschenverachtende Einstellungen abzubauen und die Teilnehmenden zu aktivieren, sich klar gegen menschenverachtende Äußerungen einzusetzen.</p> <p>In unseren Projekttagen setzen wir uns gemeinsam mit den Jugendlichen mit den Themen Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung auseinander. Wir regen junge Menschen zum Nachdenken und Handeln an und ermutigen sie dazu, sich zivilgesellschaftlich einzubringen. Jährlich machen wir im Rahmen von ca. 100 Projekttagen etwa 2.500 Schülerinnen und Schüler mit den Ideen des demokratischen Miteinanders, der Zivilcourage und des menschlichen Umgangs vertraut.</p>
<p>Fördervolumen p.a.</p>	<p>Das NDC kann auf keine dauerhaften Fördergelder von Dritten zurückgreifen. Einzelanträge im Rahmen bestehender LAP und Xenos dienen der Kofinanzierung eines Großteils der Projekttag und machen das Projekt damit prekär. Aufgefangen wird ein Großteil der Kosten für die Projekttag durch Spenden von Schulen.</p>
<p>Eigenanteil</p>	<p>Ca. 20.000. p.a. (Eigenanteil DGB-Jugend, BdKJ) plus eine Personalstelle der DGB-Jugend</p>
<p>Internet:</p>	<p>http://www.netzwerk-courage.de/</p>
<p>Bilanzierung der vergangenen Jahre (Was ist gelungen, was wurde erreicht – wo haben sich Lücken, Defizite, Mängel usw. gezeigt?)</p>	<p>Das NDC ist im Bereich der schulischen Präventionsarbeit mit jährlich ca. 100 Projekttagen ein wichtiger Ansprechpartner für Schulen geworden. Zahlreiche Schulen planen alljährlich das Angebot des NDC in ihre Bildungsmaßnahmen fest mit ein.</p> <p>Dem NDC ist es zudem gelungen – neben den Standardprojekttagen – das Angebot um die Projekttag S (Sexismus und Homophobie) und Z (Angebot für Klassenstufen 5-7) zu erweitern.</p> <p>Die MultiplikatorInnenfortbildung ist vom Amt für Lehrerbildung akkreditiert und wird regelmäßig von ReferendarInnen und Lehrkräften gebucht.</p> <p>Zudem greifen diverse Trägerverbände des Beratungsnetzwerks auf die Kompetenzen des NDC zurück.</p> <p>Das NDC Hessen kann mittlerweile auf einen Kreis von 80 Ehrenamtlichen zurückgreifen.</p>